

Süddeutsche Politik.

Es handelt sich bei den süddeutschen Budgetabstimmungen nicht in erster Linie um die Frage, wie die Partei sich zur Budgetbewilligung stellen soll; dafür gilt noch immer die Lübecker Resolution. Es handelt sich in erster Linie um die Frage der Parteidisziplin und um die Frage, ob die Parlamentarier oder ob die Arbeiter selbst in der Partei herrschen sollen. Es liegt hier ein krasser Fall der bürgerlichen Auffassung des Parlamentarismus innerhalb unserer Reihen vor. Bei dieser Auffassung betrachten die Abgeordneten sich als unabhängige, über der Masse stehende Staatsmänner, die, einmal vom Volke wegen ihrer größeren politischen Weisheit als Vertreter gewählt, nach eigenem Ermessen das politische Geschäft betreiben. Dagegen sieht die sozialistische Auffassung in ihnen die Wortführer eines über seine politischen Geschäfte selbst urteilenden Volkes, dessen Willen und dessen Ansichten sie zum Ausdruck bringen.

Auf den ersten Blick muß es sonderbar erscheinen, daß gerade im Süden Deutschlands so oft die Neigung zur Budgetbewilligung hervortrat, die zuerst gelegentlich vorkommend und als Ausnahmefall entschuldigt, jetzt zu einem System erhoben werden soll. Die Budgetverweigerung ist ein natürlicher Ausfluß der Stellung, die die Sozialdemokratie der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gegenüber einnimmt. Sie ist nicht ein Protest gegen irgendeine Scheulichkeit des Kapitalismus, gegen den Militarismus oder gegen besondere arbeiterfeindliche Taten der Regierung, sondern durch sie lehnen wir jede Mitverantwortlichkeit für die Regierung ab, die nur ein Organ des Kapitalismus ist; durch sie verweigern wir der bürgerlichen Regierung die Mittel zum Regieren. Die Budgetverweigerung ist also für die Sozialdemokratie eine prinzipielle Sache; in der Praxis können Ausnahmefälle vorkommen oder besonders verwickelte Verhältnisse, die eine Entscheidung schwierig machen, aber die Regel wird durch das Prinzip der grundsätzlichen Feindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft bestimmt.

Es liegt auf der Hand, den Grund zu dem Verhalten der süddeutschen Parlamentarier in den freieren politischen Formen zu suchen, die dort herrschen. Zum Teil mit Recht; aber in andern Ländern, wo noch viel freiere Formen herrschen, wie z. B. in Holland, hat man bis heute noch nicht an eine Budgetbewilligung gedacht, sondern immer den strikten Klassenstandpunkt eingenommen. Es muß also noch ein andrer Umstand hinzukommen.

Dieser andre Umstand ist die preussische Reaktion. Das klingt widerspruchsvoll, ist aber doch leicht zu verstehen. Die reaktionäre Unterdrückung der Arbeiter in Preußen-Deutschland hat einerseits die Arbeiterklasse stark zusammengeschnitten und eine revolutionäre Gesinnung geweckt. Aber andererseits war die Notwendigkeit, immer gegen die Reaktion anzukämpfen, geeignet, die Einsicht zu verpunkeln, daß unser Kampf nicht nur den reaktionären Maßregeln der bürgerlichen Gesellschaft gilt, sondern der bürgerlichen Gesellschaft selbst, und wäre sie noch so fortschrittlich. Der schlimmste politische Druck läßt nur zu oft den wirtschaftlichen Druck und die Ausbeutung übersehen, die dem Kapitalismus überall, auch bei der größten politischen Freiheit, eigen ist. Dies trifft namentlich für Intellektuelle und Politiker zu, die die Augen hauptsächlich auf die Politik gerichtet halten; denn die Arbeiter selbst leiden zu schwer durch ihre wirtschaftliche Sklaverei, um sie auch nur einen Augenblick zu vergessen. So entsteht die in den Sozialistischen Monatsheften fortwährend verfolgte Ansicht, unser Kampf gelte in erster Linie der junckerlichen Reaktion, und in diesem Kampfe liege die Bourgeoisie an unserer Seite. Eine solche merkwürdige Anschauungsweise, die vollkommen übersehen, daß die politische Reaktion auf der kapitalistischen Ausbeutung beruht, kann als Beispiel dafür gelten, in welchem Maße die reaktionäre Politik das prinzipielle Verhältnis verdirbt.

In ähnlicher Weise wirkt die preussische Reaktion auf die Auffassungen im Süden zurück. Im Norden kommt zu dem wirtschaftlichen Druck eine so starke politische Unterdrückung hinzu, daß man schon frei aufatmet, wenn man letztere nicht mehr fühlt. Hier gilt einigermassen, was ein deutsch-amerikanischer Genosse einmal zu Liebknecht sagte: „Man ist hier wenigstens den Polizeidreck los.“ Wenn man nicht mehr fortwährend von Polizei und Behörden drangsaliiert wird, sondern daselbe Ent-

gegenkommen findet wie andre und als gleichberechtigter Mitbürger behandelt wird, so entsteht aus dem Gegenjag zu der preussischen Methode leicht das Empfinden, daß man schon ein freies gleiches Mitglied einer freien Gemeinschaft ist.

Dies ist aber nur ein trügerischer Schein, derselbe Schein, der in den Augen des früheren revolutionären Bürgertums die Erringung der bürgerlichen Freiheit und der politischen Gleichheit zu der Lösung aller gesellschaftlichen Uebel machte. Die wirtschaftliche Ausbeutung bleibt; „geschunden wird man hüben wie drüben“. Der Proletarier bleibt auch unter den freiesten politischen Formen der gedrückte Sklave, der nur ein Gegenstand der Ausbeutung für die Profitgier des Meisters ist, der sich für einen geringen Lohn schwer abradern muß; dem das ganze Leben eine fortwährende Arbeitsqual ist. Und deshalb bleibt auch seine prinzipielle Gegnerschaft zum Kapitalismus und zu der politischen Herrschaft der bürgerlichen Klassen.

Selbstverständlich werden unter verschiedenen politischen Verhältnissen auch die äußeren Formen des Kampfes verschieden sein. In Rußland werden die Sozialdemokraten bei derselben prinzipiellen Stellung andre Kampfmethoden anwenden als in England. In Ländern, wo alle Verhältnisse kleinbürgerlicher und gemittelter sind, wird auch der politische Kampf in weniger scharfer und erbitterter Weise geführt werden. Aber dabei muß die Arbeiterklasse doch überall den Kampf gleich entschieden, gleich energisch und prinzipiell gegen den Kapitalismus und den Klassenstaat führen. Denn unter den verschiedenen Formen ist das Wesen der Gesellschaft, das Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Arbeiter leiden, in Preußen wie in Baden daselbe. Wo der Politiker einen großen Unterschied zu sehen glaubt, bemerken die Arbeiter sehr wenig davon. Mögen deshalb die Politiker zu Konzessionen an den bürgerlichen Staat geneigt sein, so wird ihre Auffassung bei der Masse der süddeutschen Genossen selbst wohl wenig Anklang finden.

Der Budgetbewilligungsseifer der süddeutschen Parlamentarier entspringt dem irrigen Glauben — den sie mit dem freisinnigen Berliner Tageblatt teilen —, unsere Budgetverweigerung sei ein Protest gegen die reaktionäre Politik, der junckerlichen Willkür und die politische Rechtslosigkeit der Arbeiterklasse, und sie sei deshalb in den etwas freieren süddeutschen Staaten nicht am Platze. Er gehört einer Anschauungsweise an, die für den nurdemokratischen Kampf gegen die Reaktion den sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus übersehen.

Vereine und Versammlungen.

Die Gasarbeiter

hielten am 7. August eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Volkshaus ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen *Gensche* in der üblichen Weise. Hierauf hielt Genosse *Schäpflin* einen interessanten Vortrag über: Der Kampf um den Stillen Ocean. Redner verstand es in freiflüchtiger Weise, die Versammlung für die Aufgaben der Arbeiterschaft auch auf diesem Gebiete zu interessieren. Dies bewies der reiche Beifall, der am Schluß des Referats dem Redner geboten ward. Kollege *Schlich* erstattet hierauf den Massenbericht vom 2. Quartal 1908, der den Versammelten gedruckt vorliegt. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 26 860,20 Mk., die Ausgabe insgesamt 25 692,08 Mk. Die Lokalkasse hatte einschließlich eines Bestandes von 78 733,90 Mk. eine Einnahme von 92 864,76 Mk., der eine Ausgabe von 95 377,88 Mk. gegenüberstand, so daß sich das Lokalvermögen auf 88 326,88 Mk. beläuft. Der Redner bemerkte hierzu, daß die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auch im 2. Quartal eine überaus hohe sei. An Arbeitslosenunterstützung sind in obiger Zeit an 401 Mitglieder für 6630 Tage Arbeitslosigkeit 11 009,47 Mk. gezahlt worden, an Krankenunterstützung an 281 Mitglieder für 8604 Tage 5530,25 Mk.; außerdem an 68 Mitglieder Gemeindefremdenunterstützung für 527 Tage 1874,90 Mk.; an Reiseunterstützung an 513 Mitglieder für 1086 Tage 1205,43 Mk. Hierauf erstatten die Revisoren Bericht und stellen den Antrag auf Entlastung des Kassierers. Kollege *Gerde* erteilte auf eine Anfrage betreffend die Reiseunterstützung Auskunft und gab an der Hand ausführlichen Zahlenmaterials die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse in den letzten 1 1/2 Jahren an. Im Jahre 1907 hatte die Hauptkasse eine Einnahme an Beiträgen von rund 103 228 Mk., nach Abzug der in die Lokalkasse abgeführten Lokalprocente verblieb somit eine Reineinnahme von 82 583 Mk. Dem standen gegenüber an Ausgaben für Reiseunterstützung 2350 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 16 097,65 Mk., an Kranke-

4832,24 Mk., Streifunterstützung 56 223,09 Mk. und für Wohnregelung, Notfall, Umzug, Rechtschutz und Sterbegeld insgesamt 2701,76 Mk. Es ergibt dies eine Gesamtausgabe der Hauptkasse von 82 201,78 Mk. Rund 31 000 Mk. wurden der Hauptkasse an Extrabeiträgen zugeführt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen im Jahre 1907 aus den Lokalbeiträgen 51 282 Mk. Die Ausgaben lediglich für gewährte Unterstühtungen betragen (einschließlich 36 764,46 Mk. lokaler Streifunterstützung) insgesamt 46 406,24 Mk. oder rund 91 Prozent der Beiträge, die wieder in Form von Unterstühtungen an die Mitglieder zurückerstattet wurden. Das erste Halbjahr 1908 schloß mit einer Einnahme an Beiträgen von 53 077,25 Mk. für die Hauptkasse und 26 873,50 Mk. für die Lokalkasse ab. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen insgesamt für die Unterstühtungen 35 623,63 Mk. (darunter 21 784 Mk. für arbeitslose und 10 413 Mk. für kranke Mitglieder). Nach Abzug der Procente für die Lokalkasse in Höhe von 10 732 Mk. sind rund 7600 Mk. an die Verbandskasse abgeführt worden. Die Lokalkasse zahlte im ersten Halbjahr rund 10 000 Mk. an Unterstühtungen für Arbeitslosigkeit, Wohnregelung, Reisekosten und in sonstigen Fällen. Der Redner bemerkte, daß diese Zahlen den Einfluß der wirtschaftlichen Krise in unserem Beruf zu erkennen geben, andernteils aber auch die Leistungsfähigkeit unserer Organisation in der glänzendsten Weise darstellen. Im Jahre 1907 sind allein für die Lohnkämpfe in Leipzig rund 94 000 Mk. ausgegeben worden; die Kollegen, die immer wieder davon reden, durch die Einführung einzelner Unterstühtungsweige habe der Kampfescharakter der Organisation gelitten, dürften bei richtiger Würdigung dieser Summen zu einer andern Auffassung kommen. Soll der Verband auch in Zukunft seine Aufgaben voll erfüllen, so ist es Pflicht der Mitglieder, für eine pünktliche Beitragsleistung und Werbung neuer Mitglieder recht tätig zu sein. Hierauf stimmte die Versammlung dem Antrag der Revisoren auf Entlastung zu. Unter Verbandsangelegenheiten stellte die Verwaltung einen Antrag, der eine Regelung resp. Vervollständigung der Bei- und Unterlassergeschäfte bezweckt. Nachdem die Vertrauensleute sowie die Delegiertenversammlung sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt hat, wurde dem Antrag nach kurzer Debatte Zustimmung erteilt. Ein weiterer Antrag, eine Veröffentlichung der säumigen Werkstattdeliquenten betreffend, wurde ebenfalls angenommen.

Die Fabrikarbeiter

hielten am 11. August im Volkshaus eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen *Gustav Rast*. Hierauf berichteten die Kollegen *Lamfcha* und *Hesselsbarth* über die Verhandlungen des Verbandstages in München. Eine Wiebergabe des Berichts erübrigte sich, da er schon von der Leipziger Volkszeitung gebracht worden ist. Auch sei hierbei auf das in nächster Zeit erscheinende Verbandstags-Protokoll aufmerksam gemacht. In der Debatte wurden verschiedene angenommene Anträge kritisiert. Der Beschluß, die Anmeldefrist bei Streiks auf zwei Monate zu verlängern, fand lebhaften Widerspruch. Im übrigen waren die Anwesenden mit der Tätigkeit des Verbandstages einverstanden, da er ja verschiedene Vorteile für die Mitglieder gebracht hat. Ein Antrag des Kollegen *A.*, der die Regelung des Gehaltes der angestellten Kollegen vorschlug, wurde verlagert. Zu der am 30. August in Dresden stattfindenden Gauleitung wurden die Kollegen *R. Kürbs* und *Fr. Schumann* delegiert. Ferner wurde beschlossen, an die neuereintretenden Mitglieder die noch vorhandenen Geschäftsberichte gratis zu verteilen.

Mühlenarbeiter.

In der am 9. August stattgefundenen, leider sehr schwach besuchten Versammlung referierte Genosse *M. Wittig* über die englische Revolution. Der Vortrag fand reichen Beifall. Sodann gab der Kassierer den Massenbericht vom 2. Quartal. Bei einem Mitgliederbestand von 163 Kollegen wurde ein Umsatz von 2009 Wochen-, 450 Sterbe- und 411 Streifmarken erzielt. Der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich auf 773,09 Mk. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. Von der Agitationskommission wurde mitgeteilt, daß in diesem Quartal 14 Neuaufnahmen zu verzeichnen wären. Sei auch der Erfolg nicht gerade glänzend zu nennen, so würde trotzdem auch in Zukunft intensiv weiter gearbeitet werden. Vom Kartelldelegierten wurde berichtet, daß wegen erhöhter Ausgaben an den Bildungsausschuß eine Erhöhung der Kartellbeiträge zwar vorläufig abgelehnt worden sei, daß sie aber in Zukunft nicht ausbleiben werde. Für seine eventuelle Abstimmung wird ihm freie Hand gelassen. In nächster Versammlung soll wieder ein Vortrag, und zwar von einem Kollegen, gehalten werden.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Montag:

- Speisekartell I (Kochschicht): Bräuhchen und Spargel mit Rindfleisch.
- Speisekartell II (Zubereitende): Gelbe Erbsen mit Schmorfleisch.
- Speisekartell III (Mädchen): Bräuhchen und Kohlrabi mit Rindfleisch.
- Speisekartell IV (Küchenhilfe): Rindfleisch mit Rindfleisch.
- Speisekartell V (Wasserträger, etc.): Gelbe Erbsen mit Schmorfleisch.
- Speisekartell VI (Küchere Quälge etc.): Äpfeln mit Schmorfleisch.

Aussergewöhnliches Angebot.

1000

Kinder- und Knaben-Blusen und Schulanzüge in soliden Buckskin- und Kammgarn-Stoffen, zu der Hälfte des Verkaufspreises heruntergesetzt, werden von Montag, den 17. August, und folgende Tage, solange der Vorrat reicht, in Verkauf gestellt.

Ein noch nicht dagewesenes preiswertes Angebot.

H. Hollenkamp & Co., Brühl 32, Ecke Reichsstr.

Herren-, Knaben- und Kinder-Garderobe fertig und nach Mass. * Herren- und Knaben-Sport- und Mode-Artikel.